

Von: "Andreas Zehetbauer" <HerrAbisZ@gmx.at>
An: "Informieren" <informieren@gruene.at>
Betreff: Re: Wir legen dann mal los!
Datum: Donnerstag, 26. Juli 2012 17:30

Hallo Armin!

Ich danke für die Antwort, ich habe gar nicht damit gerechnet.

Ich bin gelernter Bankkaufmann und habe 1994 erkannt, wo die Reise hin geht (eben in eine Finanzkrise) und habe sofort begonnen GOLD zu kaufen. Aber man hört mir nicht zu!

Und jetzt frage ich mich (Mann oh Mann), Ihr wisst es und habt dem ESM trotzdem zugestimmt ???

IHR WISST, das der ESM KEINE Brandschutz-Vorsorge ist??!

Und jetzt erkläre mir einmal, warum ihr nicht den "Brandzündler" ausschaltet ??

Ich habe es schon genannt, was das ist. Das Finanzsystem selbst! Deswegen werden die Staaten auch mit ESM zusammenbrechen!

Und ich gebe dir Recht das wird eine Katastrophe geben. Und man wird sie alle aus den Parlamenten jagen!

Danke noch, das du meine Anregungen zu Tesla aufnimmst. Falls du irgenwelche Infos noch dazu brauchst, ich stelle sie gerne zur Verfügung.

LG ANDI!

----- Original Message -----

From: Informieren
To: Andreas Zehetbauer
Sent: Thursday, July 26, 2012 10:55 AM
Subject: Re: Wir legen dann mal los!

Hallo Andreas,

Danke für Deine Rückmeldung. Wir werden Deine Anregungen zu Tesla aufnehmen. Zum ESM:

Der Rettungsschirm ESM ist zwar kein perfektes, aber ein geeignetes Instrument, um in Not geratenen Staaten zu helfen und Europa vor einer Verschlimmerung der Krise zu bewahren. ABER: der Rettungsschirm alleine reicht nicht. Er ist die Feuerwehr, die den Brand löscht. Er ist aber keine Brandschutz-Vorsorge, die künftige Brände verhindert. Deswegen haben wir Grüne für Maßnahmen wie eine Finanztransaktionssteuer, Europäische Anleihen, ein Bankeninsolvenzrecht und Grünen Investitionen gekämpft. Mit Erfolg. Das Grüne Europapaket wird dazu beitragen, die Ursachen der Krise zu bekämpfen und jenen einen Beitrag zur Bezahlung der Kosten der Krise abzuverlangen, die bisher verschont wurden: die Spekulanten. Der Fiskalpakt hingegen ist eine wirtschafts- und demokratiepolitische Fehlentscheidung. Dadurch droht ein Abwürgen der europäischen Konjunktur; zudem ist keine demokratische Kontrolle durchs Europaparlament vorgesehen. Die Grünen prüfen eine Klage beim Verfassungsgerichtshof.

Europa ringt um seine Zukunft. Nach Griechenland stehen auch Spanien, Zypern und Italien vor gravierenden Problemen. Schaut Europa tatenlos zu, wie diese Staaten zusammenbrechen, hätte das ungeahnte Folgen und katastrophale Auswirkungen auf alle anderen EU-Staaten, inklusive Österreich. Die Kosten dieser Katastrophe wären ein Vielfaches teurer als jene Kosten, die Europa jetzt für die Rettung von Staaten in die Hand nimmt. Es ist daher nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, dass wir uns jetzt in Europa gegenseitig helfen.

Deswegen ist der europäische Rettungsschirm (ESM), der in Not geratenen EU-Staaten Hilfskredite zur Verfügung stellt, aus Sicht der Grünen prinzipiell ein sinnvolles und notwendiges Instrument zur Bewältigung der Krise, auch

wenn uns nicht alles am ESM gefällt. So finden wir es z.B. nicht gut, wenn der ESM die Hilfskredite nur vergibt, wenn gleichzeitig sozial ungerechte Kürzungsprogramme in den betroffenen Staaten durchgeführt werden. Denn: Die einseitige Sparpolitik à la Angela Merkel ist gescheitert. Europa muss jetzt auch investieren, sonst droht die Gefahr, dass die EU-Staaten sich kaputtsparen. Ein Punkt ist den Grünen besonders wichtig: der ESM reicht nicht aus, um Europa nachhaltig aus der Krise zu führen. Der ESM alleine macht Europa nicht krisensicher. Der Rettungsschirm ist die Feuerwehr, die den Brand löscht; der ESM ist aber keine Brandschutz-Vorsorge, die künftige Brände verhindert. Mit anderen Worten: es braucht Maßnahmen um die Ursachen der Krise zu bekämpfen und jenen einen Beitrag zur Bezahlung der Kosten der Krise abzuverlangen, die bisher verschont wurden: die Spekulanten.

Deswegen kämpfen die Grünen für eine Finanztransaktionssteuer (FTT), also für eine Besteuerung von Finanzgeschäften, als zentrale Maßnahme zur Eindämmung der Spekulationsgeschäfte. Dafür haben wir in den letzten Monaten gemeinsam mit den deutschen Grünen Druck gemacht. Mit Erfolg. Eine Gruppe von ca. 10 EU-Staaten wird die FTT nun einführen (EU-Mechanismus der „verstärkten Zusammenarbeit“).

Möglich geworden ist dies durch den Beschluss über den Rettungsschirm ESM. Denn SPÖ und ÖVP können diesen nicht alleine beschließen. In Österreich ist für die Verabschiedung im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig, die Regierungsparteien braucht also die Zustimmung mindestens einer Oppositionspartei. FPÖ und BZÖ sind gegen alles wo Europa drauf steht, also auch gegen den ESM. Deswegen haben wir Grüne in harten Verhandlungen mit der Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Krise durchgesetzt:

<!--[if !supportLists]--> <!--[endif]-->Große Schritte zur Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer

<!--[if !supportLists]--> <!--[endif]-->Etablierung eines Konvents zur Zukunft Europas inklusive der Perspektive auf Eurobonds

<!--[if !supportLists]--> <!--[endif]-->Grüne Investitionen in Europa

<!--[if !supportLists]--> <!--[endif]-->Mitsprache des österreichischen Parlaments bei allen wesentlichen Entscheidungen des ESM

Bisher sind die europäischen Staats- und Regierungschefs dem Taktstock von Merkel und Sarkozy gefolgt, unter weitgehender Ausschaltung der Parlamente. (Das zweite Griechenlandpaket mit einem Umfang von 130 Mrd. Euro wurde etwa weder im Europäischen noch im österreichischen Parlament beschlossen). Zugleich haben Sarkozy zu lange zugeschaut und nicht angemessen auf die spekulativen Angriffe gegen einzelne Mitgliedstaaten der Eurozone reagiert. Die Lasten der Finanzkrise sollten durch europaweite Kürzungsprogramme von den BürgerInnen getragen werden. Diejenigen, die die Krise verursacht haben, sollten weitgehend verschont bleiben. Die sich nun abzeichnenden Ergebnisse bedeuten eine Kursänderung in Europa, die Dank der deutschen und österreichischen Grünen, aber auch durch den neuen französischen Präsidenten Hollande möglich wurde. Durch die Finanztransaktionssteuer wird nun auch die Ursache der Krise bekämpft. Das ist ein wichtiger Schritt.

Wir sind überzeugt: Wir werden nur Erfolg haben, wenn wir in Europa zusammenarbeiten und das Gemeinsame über das Nationale stellen und Europa weiterentwickeln zu einer echten politischen Union auf demokratischen, ökologischen und sozialen Grundfesten – das ist unsere Vision eines Europas der Zukunft.

Was haben die Grünen in den Verhandlungen mit der Regierung auf österreichischer und europäischer Ebene konkret durchgesetzt?

1) Große Schritte zur tatsächlichen Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Der Finanzsektor muss künftig einen fairen Beitrag zu den Kosten der Krise leisten. Wir Grüne haben uns mit wesentlichen Playern in Europa zusammengetan und glaubhafte Umsetzungsschritte zur Finanztransaktionssteuer

eingefordert. Die Finanztransaktionssteuer sieht eine Besteuerung von Finanzgeschäften als zentrale Maßnahme zur Eindämmung der Spekulationsgeschäfte vor. Großbritannien und Schweden haben eine große europäische Lösung verhindert. Aber jetzt wir konnten erreichen, dass eine Koalition von willigen Staaten voran geht. Zehn EU-Länder haben sich zusammengefunden und werden die Finanztransaktionssteuer einführen. Das wurde beim Rat der Finanzminister und beim EU-Gipfel am 28./29. Juni vereinbart.

2) Grüne Investitionen in Europa

Wenn beinahe alle EU-Länder gleichzeitig sparen, dann bedeutet das wirtschaftlichen Abschwung. Um diese Merkel'sche Kürzungspolitik (Fiskalpakt, Schuldenbremsen) zu entschärfen, haben wir gemeinsam mit europäischen Partnern die österreichische Regierung davon überzeugt, in Europa für Investitionen in nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung einzutreten. Beim EU-Gipfel am 28./29. Juni wurden diese Maßnahmen beschlossen. Beispielsweise erhält die Europäische Investitionsbank eine Verdoppelung ihres Eigenkapitals, um ein Investitionsvolumen von 180 Mrd. Euro anzustoßen.

3) Konvent für Europa

Wir wollen ein demokratischeres Europa. Derzeit entscheiden die europäischen Staats- und Regierungschefs weitgehend ohne Einbeziehung des Europaparlaments und in vielen Staaten auch ohne Einbeziehung des jeweiligen nationalen Parlaments. Wer, wie wir, mehr Europa will, der muss auch ein Mehr an Demokratie wollen. Wir wollen daher einen europäischen Konvent zur Einführung einer handlungsfähigen und demokratisch legitimierten ökologischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Steuerung und einer substanziellen Verbesserung der Verfasstheit Europas. Die österreichische Bundesregierung hat sich nach langen Verhandlungen jetzt erstmals zu einem solchen Konvent für Europa bekannt. Dabei sollen Vertreter aus nationalen Regierungen, der Parlamente und der europäischen Zivilgesellschaft in einem offenen und transparenten Verfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft Europas entscheiden.

4) Perspektive auf Eurobonds – Schutzschirm vor Spekulanten

Gemeinsame europäische Anleihen, so genannte Eurobonds, können Angriffe von Spekulanten auf einzelne Euro-Staaten wie Österreich verhindern. Eurobonds sind also ein Schutzschirm vor Spekulationsattacken auf Staatsanleihen. Dieser Schutzschild bedeutet auch einen Einstieg in eine vertiefte europäische Union. Beim Konvent, zu dem sich die Bundesregierung unter dem Verhandlungsdruck der Grünen nun erstmals ausdrücklich bekannt hat, werden Vertragsänderungen zur Einführung von Eurobonds zentral auf die Agenda gesetzt.

5) Bankenregulierung und -insolvenzrecht kommt

Künftig ist Schluss damit, dass Banken nur mit Staatsgeldern gerettet werden, während gleichzeitig unsoziale Kürzungsprogramme für die Bevölkerung geschnürt werden. Ein Bankeninsolvenzrecht sowohl auf europäischer als auch auf österreichischer Ebene führt dazu, dass die Bankenaufsicht frühzeitig eingreifen kann und eine Bank auch in Insolvenz gehen kann. In diesem Fall werden die Eigentümer und Gläubiger der Banken mit zur Kasse gebeten.

6) Private Gläubigerbeteiligung im ESM

Schon während der Phase der konkreten Textierung des ESM haben die Grünen mit der österreichischen Regierung erste Verhandlungen aufgenommen und klar gemacht, dass der Rettungsschirm unbedingt die private Gläubigerbeteiligung beinhalten muss. Diese ist nun Bestandteil des ESM-Vertrages. Das bedeutet, dass alle Staaten bei der Aufnahme von Staatsschulden Konkursklauseln in ihren Staatsanleihen aufnehmen müssen, damit klar ist, dass im Falle einer Insolvenz auch die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. Wenn also z.B. Griechenland oder ein anderer EU-Staat in Konkurs geht, werden auch jene Investoren, die zuvor von hohen Zinsen für griechische Staatsanleihen profitiert haben, einen Beitrag leisten müssen.

7) Mitentscheidungs- und Informationsrechte des Parlaments

Die Grünen haben für das österreichische Parlament Mitspracherechte bei wichtigen wirtschaftspolitischen europäischen Entscheidungen heraus verhandelt. Die Finanzministerin muss sich künftig vor allen relevanten Entscheidungen zum ESM (Hilfszahlungen, Aufstockung des Rettungsschirms) die Zustimmung des Parlaments holen. Damit bleibt die Budgethoheit, das wichtigste Recht jedes Parlamentes und damit seiner Bevölkerung, gewahrt. Ob das Finanzhilfen für einzelne Länder, Kapitalaufstockungen des ESM, Kapitalabrufe oder sonstige wesentliche Änderungen des ESM und seiner Instrumente betrifft: Das Parlament, und damit die Volksvertretung hat das letzte Wort. Dieser grüne Verhandlungserfolg bedeutet öffentliche Debatte und demokratische Kontrolle. Diese zusätzlichen Mitspracherechte sind, abgesehen von Deutschland, einzigartig in der EU.

Liebe Grüße aus dem Bundesbüro,

Armin für das ganze Team

ARMIN SOYKA
KOMMUNIKATION

DIE GRÜNEN - DIE GRÜNE ALTERNATIVE

BUNDESPARTEI

ROOSEVELTPLATZ 4-5/TOP 5, 1090 Wien

T 01 2363998-241

F 01 5269110

Von: "Andreas Zehetbauer" <HerrAbisZ@gmx.at>
An: "Martin Radjaby, Die Gruenen" <info@gruene.at>
Gesendet: Freitag, 20. Juli 2012 17:18:10
Betreff: Re: Wir legen dann mal los!

?
Hallo Martin!

Schön das du mir schreibst. Ich soll also mitreden. So! So!

Weißt du was über NIKOLA TESLA oder Testatica, Magnetmotor, Repulsine, etc. ? Also freier Energie!

Wenn du nachforscht, dann wirst du erkennen, das ich die Grünen für gar nicht so grün halte, weil ich nix darüber bei euch finde.

Abgesehen von Chemtrails!

Und nachdem die Grünen den ESM mitbeschlossen haben, ist für mich klar, das ein weiterer Schritt im Verrat am Volke stattgefunden hat. Seit langem wird das "volksvermögenraubende Finanzbankenzinseszinsssystem" von der Politik und Behörden NICHT beseitigt. Ist ja strafbar ein Pyramidenspiel § 168a STGB! Und trotz Anzeigen passiert nichts!

FREIMAUEREREI!

Und die Bunker, die man überall gebaut hat werden nichts nützen!

Herr Dr. Peter Pilz hat von mir vor Jahren etwas zugeschickt bekommen, den Finanzbereich betreffend. NULL ANTWORT!

Falls du mehr wissen willst, stehe ich gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Zehetbauer
Neustiftgasse 92/13
A-1070 Wien
Festnetz UPC: 0043(0)1 944 27 39
Handy BOB: 0043(0)664 564 64 51
e-Mail: HerrAbisZ@msn.com
Homepage: <http://herrabisz.wordpress.com/>

<http://members.chello.at/herrabisz/GOTTISTDA.html>

PS: Das in der Bibel angekündigte Armageddon wird wohl doch kommen, wenn sich die Menschheit nicht ändert. Darum betet bitte ohne Unterlass, damit gerettet werden kann, was sich retten lässt.

Planet X Nibiru <http://zeitwort.at/index.php?page=Thread&postID=170027#post170027>

Albert Pike und die Ankündigung der 3 Weltkriege <http://zeitwort.at/index.php?page=Thread&postID=160636#post160636>

<http://www.youtube.com/user/HerrAbisZ2>

----- Original Message -----

From: Martin Radjaby, Die Gruenen
To: herrabisz@gmx.at
Sent: Thursday, July 19, 2012 11:31 PM
Subject: Wir legen dann mal los!

Lieber Andreas!

Wenn man dieser Tage das Wort Politik in den Mund nimmt, dann reagieren viele von uns mit einem Abwehrreflex. Und ganz ehrlich: wir können das auch gut verstehen bei all dem was die letzten Monate in Zeitungen zu lesen war: Korruptionsfälle, Stillstand, Streit, das Gefühl, dass die Menschen nicht mehr im Mittelpunkt stehen.

Wir nehmen diese Unzufriedenheit vieler BürgerInnen und das Gefühl, dass sich die Dinge in Österreich in die falsche Richtung entwickeln, sehr ernst. Deshalb wollen wir Dich - Dein Einverständnis vorausgesetzt - ab jetzt über unsere Aktivitäten am Laufen halten. Wir möchten Dich einladen mitzureden und mitzumachen. Damit wir uns gemeinsam einmischen können, ins Gespräch kommen und neue Ideen für unsere Zukunft entwickeln.

Bis zum nächsten Mal, wir legen dann mal los...

Sommerliche Grüße aus dem Grünen Bundesbüro,
Martin für das Grüne Team

Du erhältst diese Nachricht, weil du auf einer Website der Grünen Österreichs, auf der Website einer Teilorganisation, einer Landes-, Bezirks- oder Gemeinde-Website oder einer mit den Grünen Österreichs befreundeten Website deine Daten hinterlassen hast.

Newsletter abbestellen | Empfängerdaten ändern | Online anzeigen

DIE GRÜNEN – DIE GRÜNE ALTERNATIVE BUNDESPARTEI
Rooseveltplatz 4–5/Top 5, 1090 Wien, Österreich
T +43 1 2363998 . F +43 1 5269110 . E bundesbuero@gruene.at . W www.gruene.at

#